

**Auszug aus der Niederschrift
über die 01. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung am
19.01.2022**

**Zu TOP: 4.2
Verkehrsberuhigende Maßnahmen**

Frau von Allwörden informiert zu Beginn darüber, dass die unter dem TOP eingereichten Anträge AN 0149/2021 und AN 0201/2021 im Gesamtkontext der Beratung zu „Verkehrsberuhigenden Maßnahmen“ mitbetrachtet werden.

Die Mitglieder des Ausschusses hatten sich darauf verständigt, dass jede Fraktion Vorschläge in einer gemeinsamen Liste zusammenstellt und die Verwaltung dann prüft, welche verkehrsberuhigende Maßnahmen sinnvoll sind und realisiert werden können. Bislang liegen der Ausschussvorsitzenden noch keine Vorschläge vor, weshalb sie die Fraktionen bittet, diese an den Gremiendienst weiterzuleiten.

Frau von Allwörden bittet Herrn Bogusch zu den zuvor genannten Anträgen Auskunft zu geben.

Herr Bogusch berichtet, dass der gesamte Bereich des Freibades, von der Großen Parower Straße an, als verkehrsberuhigter Bereich ausgewiesen wurde. Aufgrund der großen Vielzahl der Anlieger hat sich die Verwaltung gegen ein „Durchfahrtsverbot – Anlieger frei“ entschieden. Das größte Problem im Strandbadbereich ist nicht die überhöhte Geschwindigkeit der Autofahrer, sondern das wilde Parken, welches bevorzugt in den Sommermonaten vorzufinden ist. Außerdem teilt er mit, dass das Parken in einem verkehrsberuhigten Bereich nur in den dafür vorgesehenen Parkflächen erlaubt ist. Aus Sicht der Verwaltung sind die Vorschläge zum Abgrenzen der Grünflächen durchaus geeignet. Das Amt 68 beabsichtigt, diese Flächen mit einem sog. „Kniegurt“ abzugrenzen. Des Weiteren können zusätzliche Farbmarkierungen aufgebracht werden. Mit der Ausweisung als Ladezone wurde das Parken mit Handwerkerparkausweis im Bereich der SIC ausgeschlossen. Auch das Aufstellen eines Bügels wäre eine Möglichkeit. Abschließend resümiert Herr Bogusch, dass die Verwaltung den genannten Vorschlägen größtenteils folgen kann, er aber von einem Durchfahrtsverbot mit Zusatzkennzeichnung „Anlieger frei“ absehen würde.

Frau Friesenhahn ist nicht ersichtlich, wo sich die Abgrenzungen der Grünflächen befinden sollen. Sie findet die Situation des wilden Parkens äußerst unschön.

Herr Bogusch berichtet, dass es im Bereich des Strandbades in der Vergangenheit Poller gab, die das Befahren der Strandaufgänge blockiert haben. Er stimmt Frau Friesenhahn zu, dass das Verhalten der Parkenden zum Teil erschreckend ist und ergänzt, dass er den vorderen Bereich des Hauptaufgangs vor allem im Sommer abgrenzen würde.

Herr Miseler erfragt, ob die Option besteht, die Freibadbesucher auf einen naheliegenden Parkplatz aufmerksam zu machen und dorthin zu leiten.

Herr Bogusch teilt mit, dass es in der Nähe nur wenige Parkmöglichkeiten gibt. Die Bus- und Radanbindungen in diesem Bereich sind gut ausgebaut, für den PKW-Verkehr kann die Verwaltung jedoch keine weiteren Parkmöglichkeiten schaffen.

Frau von Allwörden dankt der Verwaltung für das große Engagement und weist darauf hin, dass die Problematik des Parkens auch an vielen anderen Bereichen besteht. Des Weiteren sind Kontrollen durch das Ordnungsamt erforderlich.

Auf Nachfrage von Frau Friesenhahn antwortet Herr Bogusch, dass eine Entwicklung rund um das Schwesternwohnheim in Planung ist, weshalb eine Einrichtung von Parkplatzmöglichkeiten auf dem Areal dagegenspricht und der Bedarf auch nicht gedeckt werden könnte. Mit dortigen Parkflächen würden die PKWs in das Quartier geholt werden, obwohl die Flächenkapazitäten womöglich nicht ausreichend wären.

Frau von Allwörden ist der Meinung, dass sich die Einrichtung von Parkplatzmöglichkeiten auf engem Raum schwierig gestaltet. Hinzu kommt, dass für das Areal „ehemaliges Schwesternwohnheim“ eine andere Entwicklung vorgesehen ist. Sie fügt hinzu, dass die Maßnahmen von der Verwaltung eventuelle Verbesserungen zeigen können. Abschließend schlägt Frau von Allwörden vor, dass die Anträge als beratend und erledigt betrachtet werden, die Themen aber dennoch in die Gesamtliste aufgenommen werden. Die Mitglieder des Ausschusses stimmen dem Vorschlag einstimmig zu.

Der Präsident der Bürgerschaft wird über das Ergebnis der Beratung informiert.

Es besteht kein weiterer Redebedarf und die Ausschussvorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 14.02.2022